

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tagesblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1830.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 205.

Donnerstag, 3. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftigige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Fünf Jahre Genf.

Eine Bilanz der deutschen Zugehörigkeit zum Völkerbund.

Von Dr. Erich Stock.

Das Zeichen des heutigen Tages ist der Friede für Deutschland und Frankreich, das will heißen: In Ende ist die Serie der blutigen und schmerzlichen Zusammenstöße, von denen alle Blätter der Geschichte der Vergangenheit erfüllt sind. Es gibt keinen Krieg mehr, keine brutalen, gewalttätigen, blutigen Kämpfe, um Differenzen zu regeln. Von heute an gibt es einen Richter zwischen uns, der Recht spricht. Weg die Gewehre, die Maschinen-gewehre, weg die Kanonen! Platz für die Veröhnung, für das Schiedsgericht und für den Frieden! — Goldene Worte des französischen Außenministers Briand, die eine ganze Versammlung ernter Staatsmänner zu Begeisterungstürmen forttrugen. Sie rauschen noch heute ungehört an unserm Ohr vorbei, als ob sie gestern erst gesprochen wären. Und doch liegt ein Jahrtausend zwischen jenem Tage, da die Feindschaft zwischen den europäischen Völkern begraben ward. Fünf Jahre ist Deutschland als ständiges Mitglied im Völkerbundsrat. Eine Welt trennt uns von jenem historischen 10. September 1920, als Deutschland in feierlicher Sitzung in den Völkerbund aufgenommen wurde.

Fünf Jahre bedeuten wenig in ruhigen Zeiten. Was aber hat sich alles ereignet in dieser stürmischen Epoche, die hinter uns liegt? Stresemann, der durch die Verhandlungen in Locarno den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schrittweise vorbereitet hat, deckt längst der Nation. Die Erinnerung an ihn ist noch geliebt im Völkerbunds-palast, wo man seiner Rede so oft gelauscht hat. Zurück zu Stresemann — so erhallt jetzt wieder der Ruf der Heimat, die dem stürmischen Vorwärtsdrängen ihres besten Staatsmanns nicht gleich zu folgen vermochte. Sonst sind die Genfer Gesichter die gleichen geblieben. Briand, mit dem Stresemann in Thoiry verhandelte, humpelt noch immer durch die Säle. Der Zauber seiner Rede verhebt nach wie vor die vertrockneten Diplomaten. Ihre Gesichter sind vielleicht etwas besorgter und müder geworden. Vieles zerbrach, was die Völkerbundsentschlüssungen schaffen wollten. Nicht alle Blütenräume reiften. Mehr als je toben jetzt um das Genfer Institut die Meinungskämpfe. Auch der Eintritt Deutschlands verlieh dem Völkerbund nicht jene innere Stärke, deren er zur Durchführung seiner Pläne bedarf.

Die Bilanz dieser fünfjährigen Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund steht gewiß nicht gerade erfreulich aus. Man muß den Mut haben, sie offen darzulegen. Zunächst: es läßt sich nicht bestreiten, daß Deutschland im Völkerbund eine Tribüne für die Minderheitenfragen gefunden hat, wie sie selber nicht zu wünschen ist. Schon Stresemann benutzte mit kluger Vorsicht die Möglichkeiten, die sich ihm hier boten. Alle Minderheitenstreitigkeiten, um die sich vorher kein Mensch kümmerte, konnten in Genf zur Sprache gebracht werden. Nicht nur die deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei erlangten endlich Sitz und Stimme in der Völkergemeinschaft. Auch die übrigen Minderheitenvölker gedöhnten sich daran, in Deutschland den Anwalt ihrer Wünsche zu sehen. Sicher hat Deutschland in der Minderheitenpolitik noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Daß aber Deutschlands Weltstellung durch die Minderheitenaktionen beträchtlich stieg, darüber besteht wohl kein Zweifel.

In der Frage der Abrüstung hat sich Deutschland in Genf nicht weniger stark ins Zeug gelegt. Die deutsche Abrüstungsdebatte wurde, so oft es anging, vorgelesen. Stresemann hörte niemals auf, die großen Mächte ernstlich an feierlich übernommene Verpflichtungen zu erinnern. Am 7. September 1928 hielt der damalige deutsche Reichskanzler Hermann Müller jene vielbeachtete Rede, in der er vor der Völkerbundsversammlung die bestimmte Forderung erhob, daß der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung folgen müsse. Er warnte dringend davor, in der internationalen Politik ein doppeltes Spiel zu treiben. Zwischen hat sich die Vorbereitende Abrüstungskommission unter Einwirkung auch von Nichtvölkerbundsstaaten jahrelang mit der Abrüstung befaßt. Am 2. Februar 1930 beginnt die allgemeine Abrüstungskonferenz, die der Prüfstein für den Völkerbund überhaupt sein wird. Deutschland hat durch seine Genfer Vertreter immer wieder darauf hingewiesen, daß eine halbe Lösung wertlos sei. Nur eine allgemeine Abrüstung, die die ausgebildeten Reserven und die Waffenvorräte mit umfaßt, kann Europa vor neuen, noch schrecklicheren Kriegen schützen. Eine bange Frage, ob der Völkerbund sich seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Der beherrschende Einfluß Frankreichs in Genf macht sich immer wieder und nicht gerade zum Segen der sachlichen Arbeit bemerkbar.

Unter tätiger Mitarbeit Deutschlands entwickelte sich der Völkerbund seit 1929 kräftig weiter fort. Der deutsche Einfluß in der allmächtigen Völkerbundsbürokratie blieb allerdings sehr gering; auch der Aufgabenkreis des deutschen Untergeneralsekretärs Dufour-Peronce ist beschränkt. Es ist ein Zufall, daß das fünfjährige Völkerbunds-jubiläum Deutschlands mit dem dritten Jahrestag der Kelloggpaar-unterscheidung zusammenfällt. Am 27. August 1929 sagte Reichsaussenminister Stresemann seine Unterschrift unter das Schriftstück, das den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik zum Verbrechen erklärt. Die Völkerbunds-idee, internationale Streitigkeiten durch Schiedsgerichte lösen zu lassen, erfuhr damit eine neue Bekräftigung. Ein

Der Reichsfinanzminister über Wege aus deutscher Not.

Die nächsten Aufgaben

Berlin, 3. September.

Auf der Kundgebung der Staatspartei im Konzerthaus „Clou“ hielt Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede, der wir folgendes entnehmen:

Auf sechs Monate sei die Gefahr, die aus der kurzfristigen Auslandsverschuldung drohte, abgewendet, der Zusammenbruch des Bankwesens in Deutschland sei verhindert. Der Vorwurf, daß man den Großen geholfen habe, für die Kleinen aber nichts tue, sei mehr als unfinnig, denn es sei dem Reiche niemals eingefallen, Kapital und Reserven der Danat- oder Dresdener Bank zu garantieren, sondern das Reich sei lediglich eingetreten für die nach vielen Hunderttausenden zählenden Kunden der Banken, um diese vor dem Ruin zu schützen. Diejenigen von ihnen, die ein Guthaben hatten, hätten es zum Teil verloren, und diejenigen, die etwas schuldeten, hätten das sofort bezahlen müssen, wodurch sie im gegenwärtigen Augenblick zusammengebrochen wären. Der Zusammenbruch einiger Großbanken hätte aber alle anderen mitgerissen und auch die Spartassen auf absehbare Zeit aktionsunfähig gemacht.

Die Aufgaben der Zukunft liegen

- 1) in der Ordnung der äußeren Verschuldung Deutschlands, die in eine langfristige umgewandelt werden muß;
- 2) in der Bekämpfung der Kapital- und Geldwirtschaft im Innern und
- 3) in der Ordnung der Finanzen der Länder und Gemeinden.

In der Frage der auswärtigen Verschuldung seien wir durch den Bericht des Baseler Komitees insofern ein Stück weitergekommen, als darin anerkannt ist, daß man nicht große Zahlungen von Schuldnerländern verlangen kann,

wenn man sich gleichzeitig gegen die Aufnahme ihrer Waren, mit denen sie allein zahlen können, absperrt. Es sei auch anerkannt, daß diese Frage untrennbar zusammenhänge mit der Frage der Reparationen, und damit sei die Grundlage zu einer Neuordnung gelegt.

Die Deflation werde man nicht künstlich fördern dürfen. Eine weitere Verstärkung der Kaufkraft des Geldes würde dazu führen, daß eine Unmenge Wirtschaftsergebnisse vernichtet wird, weil sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können.

Zur Arbeitslosenfrage führte der Redner aus, daß die Bauwirtschaft und deren Erliegen ein Hauptteil der Arbeitslosigkeit hervorgerufen habe. Man kann aber nicht den Häuserbau in der bisherigen Art fortführen, weil man sonst den Althäuserbesitz völlig entwertet und außerdem die Gefahr besteht, daß das in den Neubaugewinnungen investierte Kapital verloren geht. Der Althäuserbesitz muß aber lebensfähig gemacht werden. Bauen soll man da, wo es vom Standpunkt der Produktion aus zu verantworten ist, nämlich auf dem Lande durch Herstellung von Siedlungen aller Art, besonders in der Nähe von Großstädten.

Der Redner schloß, daß noch einmal eine Periode des unabhängigen und selbständigen Unternehmers kommen werde. Diese Zeit sollte er nützlich im Interesse der Gesamtbevölkerung. Wenn diese Schichten aber wieder zur Geltung kommen wollen, dann müssen sie sich zum Staate bekennen und müssen den Kampf um ihre Interessen auf dem Boden dieses Staates führen und einschneiden, daß sie zwar das Recht zur Kritik und den Anspruch auf Beseitigung von Fehlern und Auswüchsen haben, daß aber das Anerkennen gegen den Staat eine unnötige Kraftverschwendung bedeutet und historisch sinnlos ist. In der Staatsbeziehung allein wird des Bürgertum den Weg zu seiner Wiedereinschaltung in die Macht zu suchen haben.

Was werden die Ländernotverordnungen bringen?

vds. Berlin. Die Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden an die Landesregierungen in einem Rundschreiben verfaßt hat, enthalten, wie das Nachrichtenbüro des Vds. erfährt, neben der Aushebung von langfristigen Beträgen mit hochbezahlten Angestellten, über die bereits berichtet worden ist, noch eine ganze Reihe von Einzelempfehlungen für Ersparnisse bei Ländern und Gemeinden.

Ersparnisse an den Personalausgaben.

Für die Personalausgaben empfiehlt der Reichsfinanzminister: Kürzung der Besoldung, Herabsetzung des Hunderttelbesoldung bei den Pensionen, Bartegelbern und Hinterbliebenenbezügen usw. In erster Linie wird Angleichung an die Reichsbesoldung erstrebt. Dazu gehört auch die Befreiung günstiger Eingruppierung oder zu günstiger Festsetzung des Besoldungsdiensalters, die Befreiung von Kürzungen von Zulagen oder Nebenbezügen, die im Reiche nicht oder nicht in demselben Maße gewährt werden. Die Änderung kann auch erfolgen durch Verlängerung der Aufzugsfristen für die Dienstaltersstufen und durch Vermehrung der Dienstaltersstufen trotz gleicher Gehaltsstufe im Anfangs- und Endgehalt. Wo die Besoldung gegenüber früher gleichgestellten Beamtengruppen zu hoch erscheint, wird stärkere Kürzung empfohlen. Weiter sehen die Richtlinien vor: Wegfallvermerke bei Beamtenstellen, Umwandlungsvermerke bei Beförderungsstellen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Revision der Urlaubbestimmungen insbesondere dort, wo durch Vertretungen erhöhte Aufwendungen entstehen, Gerabsetzung oder Streichung von Notstandsbeihilfen, Unterhaltungen usw., Unterlassung von Verzehungen, starke Drosselung der Dienstreisen und Zurückhaltung bei der Ausgabe von Mitteln für Ausbildung und Fortbildung der Beamten. Um Wieten zu ersparen, sollen die Verwaltungsgebäude stärker ausgenutzt werden.

Sonstige Ersparnisse.

Ferner schlagen die Richtlinien vor, daß Banken unter-

lassen werden, wenn die Mittel für die Wohlfahrtsberwerbslosen nicht voll vorhanden sind. Wenn nötig, soll überhaupt von dem Bau von Verwaltungsgebäuden und Schulen abgesehen werden. In diesem Sinne soll auch auf die der Landesausgabe unterstehenden Körperschaften eingewirkt werden. Auch hält es der Reichsfinanzminister für angezeigt, den Neubau von Hotels, Gaststätten, Pensionen, Theatern, Kinos und ähnlichen Dingen mit hohen Verwaltungsgebühren oder sonstigen Lizenzgebühren zu besetzen.

Für das Unterrichtsweien wird die Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl, die Einengung der Freistellen durch stärkere Begabtenauslese, die Einschränkung der Ausgaben für Stipendien usw. empfohlen.

Wegen einer Justizreform will sich der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen. Er rät aber jetzt schon den Ländern eine Herabsetzung der Notariatsgebühren an, um dadurch Ersparnisse für die öffentliche Hand und für die Wirtschaft zu erwirken.

Kurzfristige Kredite und Fürsorgekosten.

Wegen der Ersparnisse an den Fürsorgekosten verweist der Reichsfinanzminister auf die Richtlinien des Städte-tages. Im übrigen empfiehlt er den Ländern und Gemeinden Abschlagszahlungen auf ihre kurzfristigen Kredite. Nur in sehr vorsichtiger Form stellt er eine Umschuldungsaktion in Aussicht. Länder und Gemeinden müßten selbst Schuldentilgungspläne aufstellen, die die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren gewährleisten.

Zur Wohlfahrtsberwerbslosenfürsorge heißt es dann in dem Rundschreiben zum Schluß: Bei der Lage des Reichs werde ich außerhande sein, den Ländern und Gemeinden außer etwa in Fällen einer Umschuldungsaktion oder eines Sonderanlehns zu den Kosten der Wohlfahrtsberwerbslosenfürsorge eine finanzielle Hilfe zu leisten. Ich muß aber schon jetzt darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtskosten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Lande als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Staatsausgleich Erforderliche getan worden ist.

mehr noch getan werden muß, wenn der Völkerbund seine Daseinsberechtigung erweisen will.

Franzosenbesuch am 26. September

Genf, 3. September.

In den Besprechungen zwischen Reichsminister Dr. Curtius und dem französischen Delegierten Francois Pondet wurde der 26. bis 27. September endgültig als Datum des französischen Gegenbesuches in Berlin vereinbart.

neues Zeitalter des Friedens und der Freiheit schien am Horizont aufzukämmern. Dazu ist es, wie wir alle wissen, vorläufig noch nicht gekommen. Allzu starke Gegenkräfte verperren noch den Weg nach vorn. Noch immer haben es sich die Großmächte nicht abgewöhnt, Deutschlands Politik mit wachem Mißtrauen zu verfolgen. Fragen, die längst zur Behandlung reif sind, stehen noch nicht einmal zur Debatte. Die Anteilnahme an der Genfer Politik ist bereits in breiten Volksschichten erloschen, weil jedermann das unbestimmte Gefühl hat, daß dort viel geredet, aber wenig getan wird. Es ist zweifellos in den vergangenen fünf Jahren einiges geleistet worden. Der Stolz über das Erreichte darf aber keinesfalls den Vorlauf befeuchten, daß